



**Innenminister Herbert Kickl im Gespräch mit dem deutschen Innenminister Horst Seehofer.**



**Polizistinnen und Polizisten sorgen für die Sicherheit der Delegierten beim informellen Rat in Innsbruck.**

# Impulsgeber, Trendsetter, Vorreiter

**Bei der EU-Ratspräsidentschaft 2018 wurde etwa ein umfassendes EU-Antischlepperpaket beschlossen und es konnten wichtige Schritte zu einem krisenfesten EU-Außengrenzschutz gesetzt werden.**

**D**ie EU-Innenminister einigten sich weiters auf Maßnahmen gegen terroristische Online-Inhalte und verabschiedeten eine Erklärung zur Bekämpfung von Antisemitismus und für den besseren Schutz von jüdischen Gemeinschaften und Einrichtungen in Europa. Vereinbart wurde auch ein Konzept für die künftige strategische Ausrichtung der EU im Bereich innere Sicherheit. Der österreichische Vorsitz bringt dafür das „Wiener Programm“ ein. Auf dieser Grundlage soll die Arbeit an einer bürgernahen, krisenfesten, zukunftsfähigen EU-Sicherheitsunion fortgeführt werden.

„Wir konnten bereits vor und während unseres EU-Vorsitzes einiges in Bewegung setzen, wir haben eine ganze Reihe konkreter Ergebnisse erzielt und zudem Fehlentwicklungen verhindert. Österreich ist Impulsgeber, Trendsetter und Vorreiter für Freiheit und Sicherheit in Europa“, sagte Innenminister Herbert Kickl bei einem Presshintergrundgespräch am 10. Dezember 2018, wo er vorläufig Bilanz zur EU-Ratspräsidentschaft zog. Vor allem in der Asyl- und Migrationspolitik sei es gelungen, von einem „Reaktionsmodus“ zu einem „Präventionsmodus“ zu wechseln, man könne fast von einer „kopernikanischen Wende“ sprechen.

**Auf dem Weg zu einem krisenfesten EU-Außengrenzschutz.** Zum Thema krisenfester EU-Außengrenzschutz gab es Einigungen in drei wichtigen Berei-

chen: Frontex kann künftig schon in Drittstaaten zum Grenzschutz beitragen, es wurden Statusabkommen mit Balkanstaaten geschlossen, und wer sich illegal in der EU oder Drittstaaten aufhält, soll rascher mit Frontex-Hilfe zurückgeführt werden. „Verhandelt wurde auch noch intensiv an einem Kompromissvorschlag zum Personal-aufbau, da der Kommissions-Vorschlag von 10.000 Personen bis 2020 unrealistisch ist. „Damit verhindern wir eine Fehlentwicklung, die mehr geschadet als genützt hätte“, sagte Kickl. Es müsse etwa das geeignete Personal rekrutiert und ausgebildet werden.

**Paradigmenwechsel und Fortschritte im Bereich Asyl.** Im Bereich Asyl und Migration habe man – auch durch Vorarbeiten vor der Präsidentschaft – einen Paradigmenwechsel geschafft. „Neue Fehlentwicklungen in Richtung zwangsweiser Verteilung wurden verhindert, die eine Verfestigung der Spaltung Europas nach sich ziehen würden“, erklärte der Innenminister. Der österreichische Vorsitz sei im sensiblen Bereich Asyl daher konsensorientiert vorgegangen. Unter Beachtung dieser Zielsetzun-



**Herbert Kickl: „Wir haben einiges in Bewegung bringen können.“**

gen wurden die Arbeiten an den EU-Asylrechtsakten vorangetrieben. „Das haben wir entsprechend den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 28. Juni 2018 gemacht, in dem der Paradigmenwechsel festgeschrieben ist“, sagte der EU-Ratsvorsitzende. Der UN-Migrationspakt stehe dazu im Widerspruch. Daher unterstütze ihn Österreich auch als EU-Vorsitz nicht.

**Kampf gegen politischen Islam zum EU-Thema gemacht.** Im Bereich Extremismus und Terrorismus seien drängende Probleme ins EU-Bewusstsein gerückt worden. „Das betrifft vor allem die Bedrohung unserer Freiheit und Sicherheit durch den politischen Islam, ein Thema, mit dem man sich nun auch auf EU-Ebene auseinandersetzt“, erläuterte der Minister. Ein Mittel dagegen seien die Förderung und der Schutz europäischer Werte. Dazu wurde am 19. und 20. November 2018 in Wien die große internationale Konferenz zum Thema „Europäische Werte, Rechtsstaat, Sicherheit“ veranstaltet. Ihre Ergebnisse werden nun analysiert und als Grundlage für weiterführende Arbeiten genutzt.

**Extremismus und Terrorismus.** Zudem gebe es ganz konkrete Erfolge gegen Extremismus und Terrorismus, berichtete der EU-Ratsvorsitzende. Internetfirmen müssten künftig pro-aktiv gegen Terror-Inhalte vorgehen oder würden bestraft. Außerdem seien Eini-



**Bei der Drittstaatenkonferenz in Wien standen Themen wie die Kooperation mit Afrika, die Unterzeichnung des Prüm-Abkommens mit den Balkanstaaten und Migration auf der Agenda.**

gungen zur Nutzung von Finanzinformationen und zur Stärkung des ATLAS-Netzwerkes der EU-Sondereinheiten gelungen, wofür ein Support Office bei Europol eingerichtet wurde. Beschlossen wurde unter österreichischem Vorsitz weiters ein Westbalkan-Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung.

**EU-Sicherheitskonzept zum Schutz jüdischer Gemeinden.** Darüber hinaus wird die EU aufgrund der Initiative und Bemühungen des österreichischen Vorsitzes ein Sicherheitskonzept zum besseren Schutz jüdischer Gemeinden und Einrichtungen entwickeln. „Damit ist es uns gelungen, den wichtigen Kampf gegen Antisemitismus zur EU-Aufgabe zu machen. Das österreichische Modell der Kooperation zwischen dem Innenministerium und der Israelitischen Kultusgemeinde wird dabei immer wieder als Best Practice Beispiel bewertet. Darauf können wir stolz sein“, sagte der EU-Ratsvorsitzende.

**Erfolge gegen OK- EU-Antischlepperpaket.** Erfolge wurden auch im Kampf gegen die organisierte Kriminalität sowie bei der Stärkung der europäischen Polizeikooperation erzielt. „Das am 6. Dezember 2018 beim Innenministerrat in Brüssel beschlossene EU-Anti-Schlepperpaket ist dabei ein Meilenstein“, sagte der Minister. Damit wurde erstmals ein gesamthafter Ansatz mit operativen Maßnahmen außerhalb und innerhalb der EU erreicht. „Es freut mich zudem, dass wir das Thema Community Policing auf die EU-Agenda bringen konnten. Mit GEMEINSAM.SICHER in Österreich sind wir auch hier Vorreiter“, fügte der

Innenminister hinzu. Darüber hinaus wurde unter Vorsitz Österreichs ein „Operational Action Plan“ zur Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität in der EU zustande gebracht und das dafür notwendige Budget für 2019 sichergestellt.

**Erfolgreiche Verhandlungen zur Interoperabilität.** Österreich hat auch die Verhandlungen im Bereich Informationsaustausch vorangetrieben, auch nach dem letzten JI-Rat am 6. Dezember 2018. Ziel ist die Interoperabilität von Datenbanken. „In Hinkunft werden unsere Polizistinnen und Polizisten die für ihre Arbeit wichtigen Informationen aus unterschiedlichen Datensilos rasch und gesamtseitlich nutzen können“, sagte Kickl.

**Prüm für Südosteuropa großer Erfolg.** Bei der wichtigen Stärkung der Kooperation mit Drittstaaten sind ebenfalls große Fortschritte gelungen. Das zeigt etwa die Ausdehnung der so genannten Prüm-Kooperation auf Südosteuropa. Dazu wurden völkerrechtlich verbindliche Abkommen bei der Innenministerkonferenz mit Balkanstaaten am 13. September 2018 in Wien unterzeichnet. Dadurch wird künftig der direkte Austausch von DNA-Daten, Fingerabdruck-Daten sowie Fahrzeugregister-Daten zwischen und mit Partnern am Balkan möglich sein. „Das wird zur Aufklärung und Verhinderung von tausenden Delikten in Mittel- und Südosteuropa führen“, erläuterte der Minister.

**Kooperation mit afrikanischen Partnern.** Die Kooperation mit afrikanischen Partnern soll in den Bereichen

Migration und Sicherheit nachhaltig verstärkt werden. Dabei geht es etwa um ein Zusammenwirken gegen irreguläre Migration und die notwendige Unterstützung, damit Partner in Afrika ihre diesbezügliche Verantwortung wahrnehmen können. Das ist ein Ergebnis der Innenministerkonferenz mit afrikanischen Staaten am 14. September 2018 in Wien. Dazu gab es im Dezember auch ein Treffen auf hoher Beamtenebene mit Tunesien.

**Künftige strategische EU-Ausrichtung zur Sicherheit.** Erreicht hat der österreichische Vorsitz außerdem Schlussfolgerungen zur künftigen strategischen Ausrichtung der EU im Bereich innere Sicherheit. Diese wurden beim Rat am 6. Dezember 2018 in Brüssel angenommen. „Darauf aufbauend muss eine integrierte Strategie der inneren Sicherheit entwickelt werden, unter Berücksichtigung aller relevanten Themen wie Kriminalität, Extremismus und Terrorismus, digitale Sicherheit oder Asyl und Migration“, sagte Gruppenleiter Dr. Wilhelm Sandrissner, zuständig für die inhaltliche Gesamtkoordination zum EU-Vorsitz. In den Ratschlussfolgerungen werde jedenfalls festgehalten, dass ein integrierter und holistischer Ansatz erforderlich sei sowie ein enges Zusammenwirken aller beteiligten Akteure in der EU und ihren Mitgliedsstaaten. „Damit folgt die Union genau unserem Modell des Wiener Prozesses“, bewertete das der EU-Ratsvorsitzende.

**„Wiener Prozess“ als Erfolgsgeheimnis und Beispiel.** In ihrer Erklärung vom 6. Dezember 2018 nehmen die Innenminister auf den von





**Der Kampf gegen politischen Islam und Antisemitismus waren die Hauptthemen der Konferenz „Europäische Werte, Rechtsstaat, Sicherheit“ in Wien.**

Österreich initiierten „Wiener Prozess“ Bezug. Sie betonten damit die Bedeutung dieses und anderer informeller Diskussionsformate für die künftige strategische Ausrichtung im Bereich innere Sicherheit. Österreich hat diesbezüglich schon deutlich vor der Präsidentschaft eine Reihe früherer und künftiger EU-Ratsvorsitze, die EU-Kommission und Vertreter anderer EUEinrichtungen in einen breiten Diskussionsprozess eingebunden, erläuterte Sandrissner. Dabei wurden Schlüsselherausforderungen sowie Handlungsoptionen bis 2020/2025 erörtert.

Durch die breiten, vertieften Diskussionen mit externen Expertinnen und Experten im „Wiener Prozess“ konnten grundlegende Themen wie die Bekämpfung des Antisemitismus entsprechend aufbereitet und teilweise schon unter österreichischem EU-Vorsitz erfolgreich zum Abschluss gebracht werden.

**„Wiener Programm“ Grundlage für weitere Arbeiten.** „Im Wiener Prozess haben wir uns mit früheren und künftigen Präsidentschaften auf die Vision einer möglichst bürgernahen, krisenfesten und zukunftsfähigen EU-Sicherheitsunion geeinigt“, sagte der Innenminister. Darauf werde man nach dem EU-Vorsitz engagiert weiter hinarbeiten. Der österreichische Vorsitz habe als Grundlage dafür eine ganze Reihe von Zukunftsdokumenten während seines Ratsvorsitzes erarbeitet und im so genannten „Wiener Programm“ zusammengefasst. „Dieses habe ich bereits

meiner rumänischen Nachfolgerin Ministerin Carmen Daniela Dan übergeben, und wir freuen uns auf die künftigen Arbeiten mit Rumänien und weiteren EU-Vorsitzen“, sagte Kickl.

**Österreich hat auch Lösungsansatz zu Dublin erarbeitet.** Als Vorsitz bemühe man sich seit Juli 2018 auch um einen Ausweg aus dem Dublin-Dilemma. Dabei habe man unterschiedliche Ideen ausgelotet und weiter entwickelt. „Beim letzten Rat im Dezember konnte ich nun das Ergebnis präsentieren und einen neuen Denkansatz vorschlagen, um die Spaltung der EU im Asylbereich zu überwinden“, sagte der EU-Ratsvorsitzende. Dafür müsse man das Thema Solidarität breiter definieren. Dieses dürfe nicht auf die Verteilung von Migrantinnen beschränkt werden, um die Interessen aller EU-Staaten berücksichtigen zu können. Demnach könnte es künftig dreifache Solidarität geben, erstens bereits im Umfeld belasteter EU-Staaten, zweitens an den EUAußengrenzen und drittens im internen Bereich. „Mit einem solchen pro-aktiven Zugang würde auch das Dublin-Problem kleiner und leichter lösbar“, erläuterte der Minister.

**Mechanismus für Verantwortung und Solidarität.** Er habe deshalb beim Rat im Dezember fünf Punkte vorgeschlagen: Einen Mechanismus für Verantwortung und Solidarität, die Erarbeitung regionaler Solidaritätspläne, ein permanentes Migrations-Monitoring, die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten

zu proaktiven und reaktiven Solidaritätsmaßnahmen im externen Bereich, an den EUAußengrenzen und im internen Bereich sowie schließlich die Verständigung darauf, dass alle Maßnahmen zwei Zielen dienen müssen: „Erstens der präventiven Verringerung von irregulärem Migrationsdruck auf EU-Staaten, aber auch Drittstaaten, und zweitens der echten Entlastung von EU-Staaten in Krisensituationen“, erklärte Kickl. Auf Expertenebene sei diesbezüglich eine breite Liste von Solidaritätsmaßnahmen diskutiert worden.

**Chance auf Überwindung der Teilung Europas.** Natürlich stünden manche solchen neuen Ansätzen skeptisch gegenüber, und es seien dabei noch Fragen zu klären. „Ich weiß aber auch, dass es Offenheit dafür aus unterschiedlichen Lagern der EU gibt. Was uns über Jahre quasi in Ost und West, Nord und Süd getrennt hat, können wir überwinden, wenn das politisch gewollt ist“, sagte der EU-Ratsvorsitzende.

**EU am Scheideweg.** Die EU stehe dabei allerdings am Scheideweg. Die Frage sei, ob Deutschland und Frankreich dort weiter auf einen Konsens aller EULänder hinwirken werden. „Dafür müssen die Interessen jener mitbedacht werden, die gegen verpflichtende Verteilung sind“, betonte Kickl. Eine allfällige Rückkehr zu diesem gescheiterten Konzept würde die europäische Spaltung vertiefen. „Außerdem können Zwangsmaßnahmen in der Praxis nicht funktionieren“, sagte der Minister.

**Zwischenbilanz.** „Unsere Zwischenbilanz kann sich mehr als sehen lassen“, betonte der EU-Ratsvorsitzende. Österreich werde auch in den verbleibenden Wochen seines Vorsitzes intensiv an den verschiedenen Dossiers weiterarbeiten. Das betreffe etwa die laufenden Verhandlungen zu den Themen Außengrenzschutz, Asylpolitik, Rückkehrrichtlinie oder Katastrophenschutz.

Die endgültige Bilanz wird – nach genauerer Analyse – im Jänner gelegt, verbunden mit einem Ausblick auf die europäischen und internationalen Arbeiten im kommenden Jahr. „Wir werden dabei vor allem auch über unsere bevorstehende Präsidentschaft im Forum Salzburg im zweiten Halbjahr 2019 informieren“, sagte der Innenminister.